

„Warum tut denn niemand etwas?!?“



Diese oder ähnliche Fragen stellt man sich angesichts der für viele bedrohlichen Entwicklung in Europa, auch angesichts der Revolten aus Anlass des israelischen Einmarsches in den Gaza-Streifen. Zur Ursache dieser Entwicklung wurde schon viel geschrieben und noch mehr spekuliert, ich sehe eine Reihe von Gründen dahinter.

Konsens unter den kritischen Europäern dürfte sein, dass die islamischen Einwanderer erhebliche Probleme mitbringen und nicht zuletzt wegen ihrer schiereren Masse eine enorme Herausforderung darstellen. Mohammedanische Masseneinwanderung ist nun kein Naturgesetz, auch wenn wir sie weltweit beobachten können, ich bezweifle auch, dass sie von den einzelnen Einwanderern bewusst im Sinne eines höheren Ziels durchgeführt wird.

Stellt man die These auf, dass z. Zt. 50 Millionen in Europa für erhebliche Probleme sorgen, muss wieder einmal Ciceros bekannte Frage gestellt werden: „Cui bono?“ Europa ist durch seine Einigung auf dem Weg zu einer Großmacht, unabhängig davon, wie dem einzelnen die Entwicklung gefällt. Also sind die aktuellen Weltmächte USA, Russland, Indien und sogar China (obwohl die Chinesen imperialen Ambitionen traditionell nicht so offen gegenüber stehen) Nutznießer einer europäischen Schwäche. Der offen vorgetragene Wunsch der USA, die Türkei als Vollmitglied in die EU aufzunehmen, ist ein solches Indiz.

Einen Vorteil haben auch die „Entsendeländer“ in Afrika und im Nahen Osten. Durch den „Export“ unzufriedener, ungebildeter Massen können sie länger den sozialen Frieden in ihren Staaten garantieren und zudem durch die Transferzahlungen der Auswanderer ihr wirtschaftliches Ergebnis verbessern.

Selbstverständlich gibt es in Europa ebenfalls genügend Gruppen, die Vorteile aus dem ganzen ziehen, ich will sie nur kurz nennen: Die Industrie durch einen Pool unqualifizierter Arbeitskräfte, die zur Reduzierung der Einkommen der Einheimischen benutzt werden. Verschiedene Parteien, die sich diese Einwanderer als Machtbasis suchen. Andere Parteien, die diese Menschengruppen als Sündenböcke brauchen und zudem auch die Regierungen, die die Unzufriedenheit der Globalisierungsverlierer auf diese Gruppen lenkt und somit verhindert, dass die Systemfrage gestellt wird. „Devide et impera“ findet sich auch hier.

Verschiedentlich wurden schon Verschwörungstheorien geäußert, Verweise auf Dokumente des 2. Weltkrieges, in denen für eine Nachkriegsordnung die Ansiedlung ausländischer Männer empfohlen wird um so die vermeintliche Neigung der Deutschen zum Krieg auszumerzen, ein Buch Joseph Martin Fischers zum Verdünnen und Einhegen des deutschen Volkes in Ausschnitten zitiert und ähnliches. Ich halte diese Überlegungen für absurd, da die immer offener erscheinende Islamisierung in allen westeuropäischen Staaten, ja weltweit stattfindet und nicht nur in Deutschland.

Wie schon festgestellt, die Millionen Moslems sind da, die von ihnen verursachten Probleme sind nicht zu übersehen und ihr Machtanspruch wird auch immer lauter. Angesichts dieser Entwicklung stelle nicht nur ich mir die Frage, warum denn unsere Politiker so untätig sind, alle Probleme relativieren oder als wünschenswert darstellen? Außer von machtlos gewordenen Alt-Politikern oder dem „rechten Rand“ hört man so gut wie keine Kritik an der Situation, nur Beschwichtigungen, Abwiegungen und halbseidene Erklärungen.

Gemeinsam konnten wir hier schon herausarbeiten, dass eine öffentliche Kritik den Reusch-Effekt hat. Ein Politiker, der heute die Probleme anerkennen sollte, gerät in eine teuflische Falle. Sowie er die Existenz eines, in diesem Falle konkreten Problems der Islamisierung anerkennt, setzt er sich in Zugzwang. Erkennen einer Gefahr reicht nicht, das Volk/der Wähler erwartet dann auch Maßnahmen. Wir können davon ausgehen, dass es entsprechende Planspiele als geheimste Verschlussache gibt, versuchen wir eine Variante einmal durchzuspielen:

Der Innenminister verkündet die Gefahr der Islamisierung und die Bedrohung unserer gesellschaftlichen Ordnung. Abzuwehren ist diese Gefahr nur durch eine deutliche Abnahme der Zahl von Moslems im Land. Vor einer Deportation würde man versuchen, über die Streichung von Leistungen den Moslems das Verlassen des Landes schmackhaft zu machen. Eine freiwillige Rückkehr ins Heimatland wird in der Regel nicht stattfinden, so dass Zwangsmaßnahmen nötig werden. Bei einigen Staatsangehörigen kann die Rückkehr trotzdem nicht erfolgen. Die Türkei z.B. dürfte in einem solchen Fall allen Auslandstürken die Staatsbürgerschaft aberkennen (wie sie es schon in Einzelfällen getan hat um Verbrecher loszuwerden) und damit eine Rückkehr verhindern wollen. Abgesehen vom außenpolitischen Schaden für ein europäisches Land bei durchgeführten Massendeportationen könnte das die Ölförderländer, die ihre Schätze nicht wieder haben wollen, zum Boykott veranlassen und damit der westlichen Wirtschaft erhebliche Schäden zufügen. Kurzfristig würde das Streichen von Sozialleistungen die Moslems zum Aufstand treiben, sogenannte „arabische Großfamilien“ sind ausreichend bewaffnet und haben hier ihre „Geschäftsbeziehungen“. So ein Aufstand wäre nur mühsam und unter großen Opfern niederzuschlagen, nicht zuletzt wegen des Fehlens sämtlicher Erfahrung der Einsatzkräfte und der humanistischen Erziehung der Einheimischen. Der absehbare Verlust an Kulturgütern und Gebäuden sowie Infrastruktur, die naturgemäß in Städten

zahlreicher sind als auf dem Land, käme noch erschwerend hinzu. Zu einem Auslandskrieg mit einer ungenügend ausgerüsteten Armee gegen die islamischen Länder und dem Wegfall eines riesigen Auslandsmarktes kämen dann Kämpfe im Innern.

Wir haben (eine überaus sinnvolle Einstellung in zivilisierten Staaten) gelernt, zu differenzieren und das Einzelne zu betrachten. In der Anfangszeit hätten Soldaten und Miliz erhebliche Hemmungen, auf Randalierer zu schießen, da nicht auszuschließen wäre, dass auch Unschuldige getroffen werden. Dazu käme die gewaltgewordene Empörung einer CFR und ähnlicher Überzeugungstäter, die lieber unsere Werte opfern als Verbrechern bestimmter Herkunft das Handwerk zu legen.

Aufstände wären für eine konsequente Regierung eine gute Argumentationshilfe, um Massenausweisungen umzusetzen und dabei die Zustimmung der Einheimischen zu bekommen. „Interessant“ wird es nun, wenn wir nur aus Deutschland zum Beispiel zwei Millionen nichtintegrierbare, aufständische Moslems und ihre Familien ausschaffen wollten.

Wohin nur? Wir sehen es am Beispiel der armen „Unschuldigen“, die in Guantánamo einsitzen. Keiner will sie, und das überwiegend aus gutem Grund bzw. berechtigtem Zweifel. Wollen wir mit Frachtschiffen die Deportierten nach Nordafrika fahren und dort ausschiffen? Wollen wir die ägyptische Kriegsflotte versenken, weil sie das Ausschiffen verhindern will? Erklären wir dem Libanon den Krieg, weil er seine Verbrecher nicht haben will? Kaufen wir irgendwo Inseln und werfen die Deportierten ohne Nahrung und Versorgung von Bord? Wer versorgt die Deportierten an freige kämpften Küstenabschnitten? Welcher Politiker will als Verantwortlicher für zehntausende oder hunderttausende Tote in die Geschichte eingehen? Werden sofort Erinnerungen an die 30er Jahre wach, als weltweit niemand die flüchtenden Juden aus Deutschland aufnehmen wollte? Wird am Ende jemand vorschlagen, die Deportierten in Lager zu sperren und zu vernichten, weil sie niemand haben

will...?

Wie diese kurze Darlegung mehr oder weniger stringent darlegt, ist ein wie auch immer gearteter Wegzug der Moslems aus Europa unter den momentanen Verhältnissen eher nicht zu erwarten. Unser Sozialsystem, unsere Werte und unser Verständnis von Humanitas verhindern dies. Deportation, Vertreibung und Tod würden zudem nicht nur Elend über die Ausgewiesenen hereinbrechen sondern auch unsere europäische Gesellschaft auf lange Zeit erheblich beschädigen. Wir müssten „unsere Seele“, sprich Werte, Normen und Überzeugungen opfern um unser Land zu behalten. Denn es sollte uns allen klar sein: Wenn wir in einen Befreiungskrieg gegen den Islam eintreten, wird Europa nie mehr so sein, wie es war. Als Ergebnis bekämen wir eine faschistoide Diktatur und den Verlust vieler Freiheiten und der gewohnten Lebensqualität. Diesen Preis dürften die meisten unter uns nicht bereit sein zu zahlen. Möglicherweise noch nicht.

Eine Demokratie ist ohnehin nicht in der Lage, mit einer solchen Herausforderung umzugehen. Da die EU sich derzeit sowieso in eine Diktatur verwandelt, besteht noch Hoffnung, dass eventuell über ein Verbot des Islam und Ausweisung der übelsten „Mitbürger“ Zeit zu gewinnen ist.

Dass wir auf eine zivilisatorische Katastrophe zusteuern, ist mir zumindest klar. Ob wir nun abwehrlos islamisiert werden oder nur die Städte verlieren (und in den Befreiungskriegen dann aushungern), wird die Zukunft zeigen. Allerdings sollte der Leser bedenken, dass solche Prognosen oder Visionen von der Wirklichkeit oft sehr schnell überholt werden. Ich erinnere an den Untergang der DDR, den Zerfall des Ostblocks; Ereignisse, die in der Form von den wenigsten antizipiert wurden. So gesehen, hat unser Europa noch eine Chance.

(Gastbeitrag von Strelnikow)